

Kammerversammlung am 16. März 2019

Am 16. März fand die neunte Kammerversammlung dieser Wahlperiode statt. Anwesend waren 32 der 40 Mitglieder der Kammerversammlung, sowie als Gäste Herr Dr. Horn vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Frau Dr. Becker als PiA-Landessprecherin, der Geschäftsführer Herr Dr. Kaufmann, der Referent Herr Nowik und die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle Frau Weiher, Frau Werner und Frau Peter. Als neues Mitglied der Kammerversammlung wird Herr André Podziemski begrüßt.

Grußwort aus dem Ministerium

Als Präsident der Kammer referiert Roman Rudyk über Aktivitäten des Vorstandes seit der letzten Kammerversammlung. So seien die Interventionen der Profession in Bezug auf das TSVG erfolgreich gewesen, es findet sich jedoch der strittige Passus im Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz wieder. Ebenso wird die Überprüfung der Versorgungsaufträge weiterhin ein Thema für die Arbeit der Kammer und der niedergelassenen Kolleginnen sein.

Eine Resolution gegen die Entmachtung der PP/KJP im Asylrechtverfahren wird nach redaktioneller Überarbeitung bei einer Enthaltung verabschiedet.

Das Vorstandsmitglied Frau Horstmann berichtet davon, dass in der BPtK eine Gleichstellungskommission mit dem vorrangigen Ziel der Förderung von Frauen in der Berufspolitik eingerichtet wurde.

Aus dem Bereich der Angestellten wird von Herrn Kretschmar darüber berichtet, dass das Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (Psych-VVG) in Überarbeitung sei, es bestehen Verzögerungen, die derzeit auch medial aufgegriffen werden. Ebenso befinden sich das Niedersächsische Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) und das Niedersächsische Maßregelvollzugsgesetz (NdsMVollzG) in Reform. Beide Gesetze sind aber noch nicht im Kabinett, da sie ministerienübergreifende Fragestellungen beinhalten, die vorab eruiert werden müssen.

Die Geschäftsstelle der Kammer hat einen Fragebogen zur Regionalisierung versandt. Die Auswertung befindet sich im Gange. Die Kammer prüft Fördermechanismen, um ihre Mitglieder bei der Teilnahme an Vernetzungsaktivitäten zu unterstützen.

Im Rahmen des Landespsychiatrieplans fand eine Veranstaltung zur Versorgung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen in Loccum statt. Jörg Hermann und Götz Schwoppe waren daran beteiligt und berichten von der Konzeption und Durchführung der Veranstaltung.

In der sich dem Bericht anschließenden Aussprache werden mehrere Themen angesprochen. Die oft recht kurzen Einladungsfristen der BPtK werden kritisiert, die Kammerversammlungsmitglieder erachten finanzielle Anreize für Vernetzung als unbedingt notwendig und befürchten, dass Änderungen im Niederlassungswesen die Freiheit der Niederlassung bedrohen. Weiterhin wird über die Inanspruchnahme der über die TSS vermittelten Sprechstunden diskutiert.

Herr Dr. Kaufmann berichtet aus der Geschäftsstelle, dass das Intranet bereits im Normalbetrieb läuft. Die neue Verwaltungssoftware und die neue Struktur der Arbeit der Geschäftsstelle sollen perspektivisch parallel im Mai starten. Die Vorbereitungen für die Kammerwahlen im Jahr 2020 sind bereits gestartet.

Hinsichtlich des gemeinsamen Beirates von Ärzte- und Psychotherapeutenkammer ist eine zukünftige Präzisierung in der Kammerstatute geplant. Die Änderungen der Geschäftsordnung und der Wahlordnung werden einstimmig angenommen.



Eine Resolution wird bearbeitet.

Reform der Psychotherapieausbildung



Kammerpräsident Roman Rudyk

Roman Rudyk berichtet über den derzeitigen Stand zur Reform der Psychotherapeutenausbildung und teilt seine Ausführungen dabei in zwei Teile. Eingangs betont er, das schon vieles zum derzeitigen Stand im Sinne der Kammer sei – dabei nennt er Namensgebung, einheitliches Masterniveau, Fortbestandsgarantie für Ausbildungsinstitute, Regelung der Weiterbildung durch die Kammern. Andererseits gibt es aus Sicht der Profession auch noch Schwachstellen. So sei die Legaldefinition zu eng, die Finanzierung der ambulanten Weiterbildung weiterhin nicht gesichert und auch die prekäre Situation der PiA bestehe fort, inklusive der Gefahr von Parallelstrukturen. Herr Dr. Horn unterstützt die Belange der Kammer und will sich dafür einsetzen. Die Kammerversammlungsmitglieder diskutieren im Anschluss lebhaft über die Ausbildungsreform. Diskutierte Fragen waren dabei die nach der Finanzierung der Ausbildungsinstitute, nach der Verortung des Studiums an Universitäten oder auch Hochschulen der angewandten Wissenschaften sowie nach Möglichkeiten zur Verbesserung der akuten Lage der PiA, welche in der Übergangsphase nicht mehr von der Reform der Psychotherapeutenausbildung profitieren würden.

Berichte aus den Ausschüssen und Kommissionen

Finanzen

Herr Dr. Lingen berichtet, dass das Haushaltsjahr 2018 mit einem geringer

als geplanten Defizit abgeschlossen wurde. Der Vorstand wird einstimmig entlastet. Der Finanzausschuss soll ein Modell für Aufwandsentschädigungen entwickeln.

Berufsordnung & Berufsethik

Frau Dr. Schütz berichtet von den Aktivitäten des Ausschusses. Das Niedrigschwellige Beratungsangebot ist gestartet, ein Artikel zur Beschwerdestelle ist in Arbeit, es wurden Infos an Mitglieder zur Regelung im Verhinderungsfall versandt und die FAQ um den Punkt „mediale Kommunikation“ erweitert. Die Kammerversammlungsmitglieder diskutieren ausführlich eine mögliche Angleichung des „Fernbehandlungsparagrafen“ an die Musterberufsordnung. Befürworterinnen und Kritikerinnen tauschen vielfältige Argumente aus. Eingangs wird berichtet, dass einerseits eine Abrechnungsfähigkeit durch PP/KJP gemäß GOP/EBM erst ermöglicht werden kann, wenn die Berufsordnungen dies auch erlauben und andererseits bereits kommerzielle Anbieter auf den Markt drängen. Es wird die Frage gestellt, inwieweit die Psychotherapeuten diese Markt auch selbst bestimmen sollte und wie solche Angebote das eigene therapeutische Selbstverständnis berühren. Darüber hinaus wird diskutiert, welche Sorgfaltspflichten durch Online-Angebote berührt werden. Die Kammerversammlung stimmt für die Angleichung der Berufsordnung an die MBO, wünscht jedoch, dass der Ausschuss eine positiv-negativ-Liste von möglichen Leistungen und den zu beachtenden Sorgfaltspflichten erstellt.

Aus-, Fort- und Weiterbildung

Frau Corman-Bergau berichtet, dass am 8. Mai 2019 die nächste Sitzung des Ausschusses stattfinden soll. Themen werden insbesondere die Weiterbildungen nach der Reform sein und auch die Regelung einer Weiterbildung in Systemischer Therapie. Die eingebrachten Korrekturen an der Anlage 2 der Fortbildungsordnung werden angenommen.

Nachwuchsförderung

Frau Löer berichtet, dass der Ausschuss sich thematisch mit dem Ge-

schlechterverhältnis im Beruf hinsichtlich der künftigen Entwicklung Richtung ausgeglichenem Verhältnis befasst. Der Ausschuss traf sich mit Herrn Dr. Bencke und verfasste einen Brief an die Gleichstellungskommission. Es wird die Veröffentlichung eines Flyers geplant und es gibt Bestrebungen zur Stärkung der PiA auf dem DPT. Eine Begrüßungsveranstaltung findet in Bälde statt und ist bereits stark angefragt.

Satzung- und Geschäftsordnung

Frau Wetzorke berichtet, dass keine Sitzung nötig war, die in der Kammerversammlung vorgelegten Änderungen der Ordnungen konnten ohne ein persönliches Zusammenkommen geprüft werden.

Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement

Herr Dr. Maaß berichtet, dass in letzter Zeit nicht getagt wurde – die entsprechenden Themen seien derzeit vor allem auf der Bundesebene angesiedelt. Es wird nach Anstößen für Projekte gefragt, die sich auf der Landesebene umsetzen ließen.

Angestellte

Herr Dr. Lingen berichtet von Tagungen und einem Treffen der leitenden PP/KJP. Die Kammer soll Fortbildungen zu Themen wie Rechtssicherheit und Führungsqualifikationen anbieten. Es wird gewünscht, dass die Treffen mit den leitenden PP/KJP mit wechselnden Schwerpunktthemen verstetigt werden.

Es wird berichtet, dass Fortschritte in der tariflichen Eingruppierung erzielt wurden, jedoch gebe es hier noch Klärungsbedarf hinsichtlich der akademischen Grundqualifikation.

KJP

Frau Mildner berichtet über Treffen der Kommission, hier war Regionalisierung das Hauptthema. Zusätzlich ging es um Selektivverträge für die Behandlung von Patientinnen mit komplexen Behandlungsbedarfen. Die nächste Sitzung wird am 14. Juni 2019 mit den Themen Fortbildungen zum Berufsrecht und Prävention stattfinden.

Gemeinsamer Beirat

Das Gremium wird mit Roman Rudyk und André Podziemski nachbesetzt. Der konstruktive Dialog mit der Ärzteschaft soll unbedingt fortgeführt werden.

Bundesgremien

Vorbereitung DPT

Es wird erwartet, dass der DPT allen voran durch die Wahlen des Vorstands geprägt sein werde. Inhaltlich wird es um die heiß diskutierte Reform des PsychThG gehen. Zudem ist eine Abstimmung zum Antragsrecht der BuKo geplant.

Länderrat

Die Bedeutung des Länderrats als Bindeglied zwischen den Landeskammern und der BPtK wird betont. Es wird ferner über die Wechsel in den Vorständen mehrerer Landeskammern berichtet.

Treffen der leitenden Psychotherapeutinnen: „Die Einrichtungen müssen Angst haben, uns zu verlieren“

Die Psychotherapeutenkammer Niedersachsen lud am 1. März 2019 zu einem Austausch zwischen leitenden Psychotherapeutinnen in Kliniken ein. 30 leitende Angestellte folgten dieser Einladung. Die Arbeitsfelder der Angestellten lagen in der Rehabilitation verschiedener Indikationen (Neurologie, Orthopädie, Psychosomatik), der Rehabilitation psychisch Kranker, akutpsychiatrischen Settings, psychosomatischen Akutkrankenhäusern, somatisch orientierten Krankenhäusern, Sozialpsychiatrischen und -pädiatrischen Zentren, Jugendhilfe, multimodaler Schmerztherapie und einem Ausbildungsinstitut mit Ambulanz. Somit war ein breites Spektrum klinischer Tätigkeit vertreten.

Es wurde nach einer Begrüßung durch den Sprecher der Kommission, Dr. Michael Lingen, entlang mehrerer Themenblöcke und Leitfragen diskutiert. In



Dr. Michael Lingen

einem ersten Part ging es um Psychotherapeutinnen in Führungspositionen. Dabei stellte sich schnell heraus, dass sowohl hinsichtlich des formalen Status als auch der tariflichen Eingruppierung erhebliche Heterogenität herrscht. Verantwortlich seien dafür auch strukturelle und rechtliche Gründe, so „existierende“ der Berufsstand in der stationären psychiatrischen Versorgung nicht und auch im Bereich der Rentenversicherung stelle die psychotherapeutische Qualifikation der Mitarbeiterinnen kein belegungs- oder vergütungsrelevantes Kriterium dar.

Die Situation der PiA in den Kliniken wurde ebenso unterschiedlich bewertet. Zwar gelten in den Einrichtungen der Teilnehmenden überwiegend Tarifverträge, man wisse aber auch von genug anderen Kliniken, in denen dies nicht der Fall sei. Durch die tarifliche Eingruppierung der Ausbildungsteilnehmerinnen würde auch die Anerkennung der PiA durch ärztliches Personal stärker gegeben sein. Darüber hinaus wurde diskutiert, in wessen Hand die Verantwortung über die PiA liegt. Man war sich dahingehend einig, dass eine formell eingesetzte psychotherapeutische Leitung die Ausbildungsteilnehmerinnen schützt und einen Standortvorteil darstellt, insbesondere für unattraktiv gelegene Einrichtungen. Gleichzeitig wurde jedoch auch die Sorge geteilt, dass es schwierig sei, bei einem hohen Anteil von Auszubildenden die Betreuung und Anleitung tatsächlich sicherzustellen und dass die kommende Ausbildungsreform derzeitige Prozesse einfrieren könnte – warum jetzt handeln, wenn es sich eh bald ändert? Etwaig

entstehende Doppelstrukturen könnten auf Jahre hin Probleme verursachen.

Die Teilnehmenden berichteten auch von Schwierigkeiten, ausgeschriebene Stellen zu besetzen. Insbesondere in den tiefenpsychologischen Verfahren falle es zunehmend schwer, geeignete Kandidatinnen zu finden. Es wurde die These geäußert, dass Kliniken es derzeit auf dem Arbeitsmarkt durch die Konkurrenz aufgrund neuer Möglichkeiten im ambulanten Bereich (MVZ, Job-sharing etc.) schwer haben.

Unter dem Thema „Fort- und Weiterbildung“ wurde ausführlich über Weiterbildungen im Bereich der Behandlung (auch) körperlicher Erkrankungen wie Schmerzen und Diabetes diskutiert, diese Zusatztitel seien in der somatischen Medizin gewünscht. In der Weiterbildungsordnung der PKN sind diese Bereiche bislang nicht geregelt. Es bestand jedoch Einhelligkeit darin, dass Arbeitgeberinnen sich an den Kosten von Fort- und Weiterbildungen beteiligen sollten, wenngleich das bislang nicht in allen Einrichtungen Standard sei. Die Teilnehmenden fragten sich, was geschieht, wenn der Fortbildungspflicht nicht nachgekommen wird. Berufrechtlich sind hier bislang keine konkreten Folgen geregelt. Allerdings müssen Kliniken in ihrem Qualitätsbericht veröffentlichen, wie viele von deren Fachkundlerinnen ihrer Fortbildungspflicht nachgekommen sind.

Abschließend wurde gesammelt, welche Gründe dazu führen könnten, dass mehr Psychotherapeutinnen in Kliniken arbeiten werden:

- die immer häufiger werdende Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit,
- der Anstieg an psychotherapeutischem Bedarf durch Entstigmatisierung, auch im KJP-Bereich – hier weite sich der Patientenkreis zunehmend auf immer jüngere Altersgruppen aus –,
- die unzureichenden Kapazitäten, die wachsenden Bedarfe vorwiegend ambulant zu decken,
- die Erwartungshaltung der Bevölkerung, dass vielfältige psychotherapeutische Behandlungen angeboten werden,
- der Rückzug der Pharmafirmen aus der Psychiatrie aufgrund gestiegener Hürden in der Medikamentenzulassung,
- die zunehmende Bedeutung psychotherapeutischen Handelns in der somatischen Medizin,
- die Möglichkeiten stationsäquivalenter Behandlung (Stichwort: aufsuchende Psychotherapie; sind wir als Beruf dafür aufgestellt und bereit?),
- die Nachfrage nach begleitenden, intermittierenden Maßnahmen über verschiedene Lebensphasen hinweg,
- die Arbeitsmarktsituation, in welcher Absolventinnen mit nahezu 100%iger Wahrscheinlichkeit direkt eine Stelle fänden – und diese zunehmend im Angestelltenbereich, wie nicht zuletzt auch
- die hohe Attraktivität von Anstellungsverhältnissen mit Blick auf die Familienplanung, die sich verstärkt auf die Zeit nach der Approbation verschiebe.

Als direkte Konsequenz der Veranstaltung entwickelt die Psychotherapeutenkammer Niedersachsen ein Curriculum für Psychotherapeutinnen in Leitungsfunktionen und wird hierzu Fortbildungen anbieten.

Geschäftsstelle

Leisewitzstr. 47
30175 Hannover
Tel.: 0511/850304-30
Fax: 0511/850304-44
info@pknds.de
www.pknds.de

Bekanntmachungen

Satzungs- und Ordnungsänderungen

Die Kammerversammlung der Psychotherapeutenkammer Niedersachsen hat in der Sitzung am 16. März 2019 folgende Ordnungsänderungen beschlossen:

- Berufsordnung der Psychotherapeutenkammer Niedersachsen
- Geschäftsordnung der Kammerversammlung der Psychotherapeutenkammer Niedersachsen
- Wahlordnung für die Wahlen zur Kammerversammlung der Psychotherapeutenkammer Niedersachsen
- Anlage 2 der Fortbildungsordnung der Psychotherapeutenkammer Niedersachsen

Die Psychotherapeutenkammer Niedersachsen hat diese Ordnungen am 9. Mai 2019 auf ihrer Internetseite bereitgestellt. Die Ordnungen werden nicht im Psychotherapeutenjournal abgedruckt.

Hannover, den 9. Mai 2019

Roman Rudyk
Präsident